



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

P/VIII/216 - 17.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Saar-Situation	S.	1
Sowjetische Gewerkschaften	S.	3
SPD-Fraktion im neuen Bundestag	S.	5

Tauziehen um die Saar in Strassburg

Von Dr. K. Mommer, MdB.

Durch verschiedene Ereignisse der letzten Woche, in besonderem Masse durch die Pariser Mission des Ministerialdirektors Blankenhorn, ist die Saarfrage in ein neues Stadium getreten.

Wie stellt sich heute die Situation dar? Seit zwei Jahren liegt im Ministerausschuss des Europa-Rates die Beschwerde der Bundesregierung über die undemokratischen Verhältnisse im Saargebiet. Die Saarfrage ist seit 1950 das heisse Eisen im Europa-Rat. Sie stellt zwei der wichtigsten Mitglieder des Rates, Frankreich und Deutschland, in einen bisher unlösbaren Gegensatz. Sie ist eine Sprengladung in den Fundamenten des Rates, die doch gerade aus den Grundsätzen bestehen, die von den Siegern an der Saar verletzt wurden und werden. Durch die bedingte Aufnahme der Saar in den Rat hat Frankreich alle Mitgliedsstaaten in die unerfreuliche Rolle gebracht. Sobald im Rat über die Saar gesprochen wird, entsteht in der Versammlung und ihren Ausschüssen eine Spannung, die dieses ruhige Forum der öffentlichen Meinung Europas sonst nicht kennt. Sie ist deutlich spürbar, auch wenn sie hinter der glatten Fassade der internationalen Höflichkeit verborgen wird. Jeder weiss dann, dass unter den geschliffenen Worten und der Argumentation mit

den Regeln der Geschäftsordnung sowie der Europa-Ideologie der Kampf um die deutsche Westgrenze und durch Rückwirkung auch um die deutsche Ostgrenze geführt wird.

Mit Unterstützung des Sekretariats des Europa-Rates und anderer Sachverständiger hat der Holländer van der Goes van Naters in fast einjähriger Arbeit einen Bericht von mehreren hundert Seiten über das Saarproblem erstellt. An seinem Ende steht ein Entschliessungsentwurf, durch den die Versammlung den Beteiligten nahelegen soll, das Saargebiet zu europäisieren, das heisst für Deutschland, für immer auf diese Provinz zu verzichten, deren deutscher Charakter auch von Herrn van der Goes nicht angezweifelt wird.

Die Europäisierungsidee ist nicht neu und durch den bekannten Vorschlag Schumans im wesentlichen schon ein Jahr lang Gegenstand der internationalen Diskussion. In unseren Augen wäre die Anerkennung der Europäisierung durch die Bundesrepublik - die dazu, beiläufig gesagt, nicht befugt ist - eine Kapitulation von der gleichen Art wie die Anerkennung einer Friedenslinie durch die Pankow-Regierung an der Oder-Neisse. Hier soll nun einiges über das Tauschen gesagt werden, das in Strassburg um die Durchpeitschung des Entschliessungsentwurfs von van der Goes veranstaltet wird.

Die Mitglieder des Politischen Ausschusses erhielten den Bericht 14 Tage, den wichtigsten dritten Teil sogar erst 8 Tage vor der auf den 11. September angesetzten Besprechung. Die Zeit war zu kurz - es war ausserdem die Zeit, in der die Deutschen ihren Wahlkampf führten - um eine Prüfung des Berichts zu ermöglichen, der mit viel fachmännischer Hilfe in Jahresfrist erstellt worden war. Wenn andere Mitglieder der Versammlung unter Umständen bereit sein könnten, einen Bericht zu billigen, den sie nicht gelesen haben, so können die deutschen Mitglieder dies unmöglich tun, wenn es sich um eine Frage von solcher Bedeutung für das Schicksal Deutschlands handelt.

Die deutschen Mitglieder des Ausschusses waren deshalb sehr erstaunt, dass ihr Antrag auf Vertagung der Diskussion nicht auf Verständnis stiess, nicht einmal, als sie unbestritten darauf hinweisen konnten, dass versprochen worden war, der Bericht werde wo-

nigstens vier Wochen vor seiner Besprechung in den Händen der Ausschussmitglieder sein. Trotz aller deutschen Vorstellungen beschloss der Ausschuss mit seiner Benelux-, französisch-saarländischer Mehrheit, in die Diskussion des Berichtes einzutreten. Den Deutschen blieb nur die Möglichkeit, durch schweigendes Anhören der Diskussion gegen diese Majorisierung zu protestieren.

Es wurde aber allen Mitgliedern klar, dass es nicht möglich war, während dieser Session den Bericht sorgfältig genug zu prüfen und der Versammlung zur Stellungnahme zuzuleiten. Trotzdem wird jetzt der Versuch gemacht, eine verkürzte Empfehlung in der Versammlung zur Diskussion und Annahme zu bringen. Es soll eine internationale Konferenz über die Saarfrage abgehalten werden, und es sollen Verhandlungen zwischen den Regierungen von Bonn, Paris und Saarbrücken stattfinden, wobei so ganz nebenbei die Saarbrücker Behörden von uns als gleichberechtigte Verhandlungspartner anerkannt werden sollen. Der Vergleich mit den "gesamtdutschen Gesprächen" der SED liegt nahe. So zu verfahren, ist unmöglich.

Der Europa-Rat hat nach seinem Statut die Pflicht, darauf zu achten, dass die staatsbürgerlichen Rechte aller seiner Mitgliedsstaaten garantiert werden und der engere Zusammenschluss der Nationen in Europa auf der Grundlage der Freiheit, Gleichheit und gebietlichen Unantastbarkeit seiner Mitglieder erfolgt. Die deutschen Mitglieder des Politischen Ausschusses haben auf der Grundlage dieser Überzeugung in geschlossener Front gekämpft. Eine neue, zusätzliche Gefahr ist durch die letzte Initiative des Bundeskanzlers entstanden, der offenbar in einer möglichst abgeschlossenen und geheimen Atmosphäre diese deutsche Lebensfrage in seinem Sinne abschlussreif machen will.

+ + +

Die sowjetischen Gewerkschaften und der "neue Kurs" Moskaus

B.I. Von allen Gebieten des sowjetischen Lebens gehörten die sowjetischen Gewerkschaften zu jenen, wo am wenigsten über irgendwelche Veränderungen und den "neuen Kurs" gesprochen wurde. Aber die neue Lage in der Sowjetunion nach dem Ableben Stalins musste auch auf diesem Gebiet verschiedene neue Elemente an die Oberfläche bringen. Zwei solche Zeichen, die doch auf etwas Neues in der UdSSR zeigen, seien hier registriert.

Zuerst sei auf den ersten Versuch hingewiesen, das bisherige stalinistische System der Wirtschaftsführung abzuschaffen. Schon am 20. Juli erschien in der "Prawda" ein Artikel, in welchem festgestellt wurde, dass die sowjetischen Gewerkschaften sich darüber beklagen, dass "in vielen Betrieben der Industrie die 'Produktionsberatungen' selten einberufen werden". Die "Prawda" verlangt, dass mit dieser Praxis Schluss gemacht werden müsse. Die Beratungen müssten ab sofort stattfinden und an denselben habe "die Mehrheit der Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Meister und Angestellten des Betriebes" teilzunehmen. Sie hätten die Aufgabe, "die von den Wirtschaftsleitern entworfenen Massnahmen zu beraten, Erfahrungen auszutauschen und Fehler und Schwächen aufzudecken und Vorschläge zur Überwindung dieser Schwächen vorzubringen."

Aus dem gleichen Artikel erfährt die Welt, dass die sowjetische Bürokratie das heikelste Problem des sowjetischen Lebens sei, und zwar die Beziehungen zwischen Wirtschaftsleitung und Arbeitnehmern. Die Produktionsberatungen sollen den Wirtschaftsleitern, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in den Betrieben helfen, die Verbindung zu den Massen zu befestigen. Es besteht kein Zweifel, dass die neuen Massnahmen eine Abkehr vom alten stalinistischen Prinzip "der Einmannleitung" in der Wirtschaftsleitung bedeuten, sie begrenzen die Vollmachten der bisher unkontrollierten Betriebsdirektoren, sie vergrössern die Bedeutung der Angestellten und Arbeiter im Betrieb und das allgemeine Ziel dieser Massnahmen ist die Steigerung des Interesses der Arbeiter an der Produktion.

Zwischen dem 3. und 4. August dieses Jahres fand in Moskau das Plenum des Hauptrates der sowjetischen Gewerkschaften statt. Die Hauptrede auf diesem Plenum hielt der Vorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften, Schwernik. Die Beratungen wie auch die Rede Schwerniks hatten einen sehr sachlichen Charakter. Während früher auf solchen Tagungen nur über die Notwendigkeit der "Steigerung der Produktion und Befestigung der Arbeiterdisziplin" gesprochen wurde, wurde jetzt über die Notwendigkeit, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verbessern, beraten. Schwernik betonte, dass die Versorgung der Arbeiter mit besseren Wohnungen, die Verbesserung des sowjetischen Handels und dadurch auch die Lebensmittelversorgung zu den wichtigsten Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften gehöre. Er appellierte auch an die Gewerkschaften, sie sollten alle Beschwerden der Arbeiter genau anhören, und zwar "nicht nur formell, sondern auch dem Wesen nach".

Es wäre falsch, wollte man schon in solchen Äußerungen eine radikale Veränderung in den sowjetischen Gewerkschaften vermuten. Das, worüber man jetzt spricht, sind nur ganz bescheidene Dinge, wie Wohnung und Lebensmittelversorgung. Die wichtigsten Probleme des sowjetischen Arbeiters, und zwar die Entlohnung und die Arbeitsnormen, blieben auch jetzt auf dem letzten Plenum der sowjetischen Gewerkschaften völlig unberührt. Trotzdem darf man auch diese Kleinigkeiten nicht übersehen, die doch neu sind, und die zu Lebzeiten Stalins unmöglich gewesen wären. Es ist dies nur der Anfang, ein recht bescheidener Anfang, von Zugeständnissen der sowjetischen Bürokratie an die Arbeitermassen. Wird die allgemeine, besonders die internationale Lage günstig, so wird die sowjetische Bürokratie gezwungen sein, den Weg zu wirklichen Zugeständnissen an die Arbeitermassen der Sowjetunion zu gehen.

+ + +

Fraktion vor schwerem Start

(sp) Am Freitag wird sich die neue sozialdemokratische Bundestagsfraktion konstituieren und ihren aus 21 Mitgliedern bestehenden Vorstand wählen. Sie zählt, zusammen mit den elf Berlinern und nachdem ein weiterer Abgeordneter nachträglich hinzugekommen ist, 162 Mitglieder.

Diese Fraktion ist mit über 100 Mandaten Vorsprung die zweitstärkste vor der FDP, bleibt aber mit fast 90 Mandaten hinter der stärksten Partei, der CDU/CSU, zurück. Sie wird aller Voraussicht nach die einzige oppositionelle Fraktion sein und als diese mit den stimmberechtigten Mandaten, zu denen die Berliner nicht gehören, auch unter einem Drittel der Zahl aller Abgeordneten bleiben. Das ist die Situation, vor die sich die Gesamtheit der Fraktion und jedes ihrer Mitglieder gestellt sieht, wenn am 6. Oktober der zweite Bundestag eröffnet wird und die parlamentarische Arbeit beginnt.

Auf den ersten Blick liegt in diesen Ziffern sicher eine psychologische Belastung, denn die Frage drängt sich auf: Was kann man angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse praktisch an eigenen Vorstellungen und Zielen in diesem Parlament verwirklichen? Schon im letzten Bundestag, in dem das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition viel ausgeglichener war, hat die parlamentarische Erfahrung gezeigt, wie oft vorher getroffene Abreden zwischen den Fraktionen das Haus zu einer Abstimmungsmaschine machten. Diese Gefahr ist für den kommenden Bundestag ausserordentlich gewachsen. Die kleinen Verbündeten der grossen CDU/CSU werden sich noch viel weniger rühren dürfen als vorher und die Reden ihrer Abgeordneten werden zu Paraphrasen der Erklärungen aus den Reihen der stärksten Fraktion werden.

Die sozialdemokratische Fraktion wird sich durch das äussere Bild dieser Kräfteaufteilung im weiten Halbrund vor den Bänken von Bundesregierung und Bundesrat nicht darin beirren lassen. Sie wird mit besonderem Eifer und doppeltem Nachdruck, mit der Schwere des besseren Argumentes und der sorgfältigst erarbeiteten sachlichen Aussage ihre Stimme zur Geltung bringen - so wie sie nach diesen Gesichtspunkten auch in den Ausschüssen arbeiten wird, ganz unabhängig von der Chance, sich durchzusetzen.

Die Rolle der einzigen Oppositionspartei - hunderte von Stimmen des In- und Auslandes bekräftigen dies - weist der Sozialdemokratie in allen parlamentarischen Körperschaften erhöhte Wachsamkeit und Verantwortung zu. Sie wächst in der Masse, in der die Versuche auf der Gegenseite zunehmen werden, ihr ziffernmässiges Übergewicht in eine allumfassende politische Dauerermächtigung umzuwandeln und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Verantwortlich: Peter Raunau